

Positionspapier Migrations- und Europapolitik

Einleitung

Die Schweiz steht vor grossen Weichenstellungen in der Migrationspolitik und im Verhältnis zu ihren Nachbarn. Grundlegende Rechte und Errungenschaften stehen zur Disposition. Die Abstimmung vom 9.2.2014 bedeutet einen massiven Rückschritt bezüglich den grundlegenden Rechten der Migranten und den sozialen Rechten Aller. In den kommenden Jahren wird das Volk erneut abstimmen und Weichen stellen, ein erstes Mal voraussichtlich im November 2014 zur Ecopop-Initiative. Ausgangspunkt für die Unia sind in diesem Zusammenhang die wichtigen Positionsbezüge aus früheren Jahren, insbesondere der Unia-Kongresse (u.a. Positionspapier No 7 und „Thesen und Forderungen zu Migration und Integration“ von 2008).

1. Unia steht zur Personenfreizügigkeit

- Unia steht zur Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU. Die PFZ ist ein Grundrecht der Arbeitnehmenden. In der Schweiz wurde es vor 160 Jahren erkämpft, damit sich die Einwohner aller Kantone in der ganzen Schweiz bewegen und niederlassen konnten. Das Recht auf Personenfreizügigkeit ist für die Lohnabhängigen zentral:
- Es erlaubt allen Lohnabhängigen (SchweizerInnen und hier wohnenden MigrantInnen) im EU-Raum, Arbeit anzunehmen, die Familie mitzunehmen und auch wieder zurückzukehren. Dies ohne Verluste bei den Sozialversicherungen. Von der Personenfreizügigkeit profitieren insbes. auch Junge mit Auslandsstudien, Forschungsaustausch, etc.
- Es erlaubt den KollegInnen aus den EU-Ländern ohne Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt in der Schweiz zu arbeiten und zu wohnen, d.h. ohne Verbot den Betrieb oder Kanton zu wechseln oder die Familie nachzuziehen.
- Damit sind verschiedene Aufspaltungen innerhalb der Lohnabhängigen weggefallen (zumindest zwischen Schweizerinnen und EU-BürgerInnen), welche seit den 50er-Jahren die Gewerkschaftsbewegung gelähmt und zu massivem Lohndruck geführt hatten, insbes. mit dem Saisonierstatut.

2. Unia steht zu den Flankierenden Massnahmen

Die Personenfreizügigkeit öffnet den Arbeitsmarkt über die Grenzen unterschiedlicher Nationen hinaus. Dies funktioniert aber nur, wenn das grundlegende Prinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ garantiert ist. D.h. in der Schweiz müssen CH-Löhne gelten, in Frankreich französische, etc., sonst ist dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet und die Lohnabhängigen werden entlang der Herkunftsländer aufgespaltet. Das Recht auf freie Niederlassung und das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit gehören zusammen – sie sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Um in der Schweiz „Schweizer Löhne“ durchzusetzen, wurden auf Druck der Gewerkschaften die flankierenden Massnahmen eingeführt. Mit ihnen ist die Beobachtung und Kontrolle des Arbeitsmarktes heute weit grösser als jemals in der Vergangenheit, ebenso die Möglichkeit zu intervenieren und zu sanktionieren. Aber die FlaM sind noch zu wenig entwickelt. Arbeitgeber finden immer wieder Lücken, um zu dumpfen. Und seit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 sind die FlaM bedroht. Demgegenüber verlangen wir eine Verstärkung der FlaM. Wir müssen dazu aber nicht die FlaM als schlecht darstellen, sondern die Arbeitgeber, welche sie unterlaufen und welche den Ausbau torpedieren.

3. Unia steht zu einer offenen Schweiz und einem guten Verhältnis zur EU

Die Schweiz steht im engsten Austausch mit ihren näheren und weiteren Nachbarländern in Europa. Dieser Austausch ist nicht allein wirtschaftlich, sondern auch kulturell, sportlich, familiär, in der Forschung, in der Ausbildung, etc.. Wir wollen und brauchen mit diesen Ländern ein freundschaftliches offenes Verhältnis, nicht die Abschottung. Wir wollen nicht ein zweites Monaco werden, wo allein der Reichtum und die Reichen zählen, denen die übrige Bevölkerung Dienste anbietet. Wir wollen nicht eine Insel der Banken und des Tourismus sein, ohne Werkplatz, ohne Forschungsplatz, ohne Kulturplatz. Das aber droht, wenn die Schweiz die Zukunftsweichen auf Abschottung stellt.

Ein guter Teil des Erfolgs der Schweiz in der Vergangenheit ist der Offenheit zu verdanken. Diese ist verbunden mit der Migration, sei dies der Auswanderung oder Auslandsaufenthalten von Schweizern, sei dies die Zuwanderung in der Schweiz, ohne welche die Schweiz nicht wäre, was

sie heute ist. Aus diesem Grund wollen wir weiterhin eine offene Schweiz, welche mit ihrem wichtigsten Nachbarn, der EU, in einem guten und engen Verhältnis steht.

4. Unser 3-Punkte-Programm

Zusammen mit dem SGB haben wir in den vergangenen vier Monaten drei Stossrichtungen formuliert und verfolgt, welche unsere Leitlinie in der verwirlichen Situation darstellen:

4.1 Gegen jede Diskriminierung

Unia wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Wiedereinführung von Zulassungsbestimmungen und Statuten für MigrantInnen. Alle Modelle der Kontingentierung, die heute zur Diskussion gestellt werden, diskriminieren und spalten: Sie bevorzugen Hochqualifizierte und diskriminieren einfach Qualifizierte. Sie diskriminieren Menschen mit Familien, sie fixieren Bewilligungen an einen Kanton, an einen Betrieb. Ja sie kommen zum Teil dem früheren Saisonierstatut gleich, welches für die Schweiz zu einer eigentlichen Apartheid geführt und die arbeitenden gespalten hat. Wir bekämpfen alle diese diskriminierenden Modelle, wenn nötig mit dem Referendum.

4.2 Es braucht mehr, nicht weniger Schutz

Verstärkung der FlaM: Erleichterte AVE, mehr Kontrollen und härtere Sanktionen. Die Kantone müssen zudem die Möglichkeit haben, bei einem klaren Hinweis auf Lohndumping eine Unterbrechung der Arbeiten anordnen zu können, bis der Nachweis korrekter Lohnzahlungen erbracht ist. Es braucht weiter für die Vertragsparteien einen gesicherten Zugang zu den Baustellen und Betrieben, um Lohndumping aufzudecken. Zudem wollen wir den Kündigungsschutz ausbauen, um die Arbeitnehmenden, die sich in den Betrieben für ihre Kollegen und gegen Lohndumping einsetzen, besser zu schützen (*siehe DV-Papier „Mehr Schutz von Arbeit und Löhnen!“*). Wir werden mit allen Mitteln allfällige Angriffe auf die FlaM abwehren.

4.3 Gute Beziehungen statt Abschottung

Die Bilateralen Verträge mit der EU, die heute in Kraft stehen, sind das Minimum eines guten Verhältnisses zu unserem Nachbar EU. Diese Bilateralen dürfen nicht auf's Spiel gesetzt werden, sie müssen eher ausgebaut werden. Sie sind wichtig für unser gutes Verhältnis mit unseren Nachbarn. Sie sind aber auch wirtschaftlich für die Schweiz eminent wichtig.

In Europa gibt es derzeit grosse Probleme für die Lohnabhängigen: Hohe Arbeitslosigkeit, insbes. bei den Jugendlichen, Verschuldung, Umweltverschmutzung, Sozialabbaupolitik, Lohndumping, etc. Diese Probleme betreffen auch uns in der Schweiz, wir sind keine Insel. Dies sieht man ganz besonders im Tessin, das von der Krise in Italien tief betroffen wird. Für uns Gewerkschaften heisst dies, dass wir zusammen mit den KollegInnen der anderen Länder Europas gemeinsam aktiv sein müssen für eine Alternative zur Sparpolitik, für eine Offensive der Investitionen in den ökologischen Umbau, für die Durchsetzung des „Gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, usw. Diesen gemeinsamen Kampf führen wir aber nicht, wenn wir uns gegenüber den EU-Ländern abschotten und die Bilateralen Abkommen auf's Spiel setzen. Gemeinsam mit unseren europäischen KollegInnen setzen wir uns für ein soziales Europa ein.

5. Nein zu Ecopop - mit einem breiten progressiven Bündnis

Eine nächste Auseinandersetzung steht vor der Türe: Die Volksabstimmung zur Ecopop-Initiative. Für Unia ist klar: wir müssen diese Initiative mit allen Kräften bekämpfen.

- Sie würde unweigerlich zu massiv diskriminierenden Massnahmen gegenüber der Migration führen
- Sie würde den Lohndruck und die Verwilderung fördern, weil die Patrons v.a. auf Grenzgänger und Kurzaufenthalter setzen werden
- Sie würde den sicheren Bruch mit der EU und den Bilateralen bedeuten
- Sie bedeutet eine falsch verstandene Ökologie. Denn die Umwelt hört nicht an den CH-Grenzen auf.
- Sie hätte entwicklungspolitisch schlimme Auswirkungen.

Unia sagt deshalb klar NEIN. Wir wenden uns in dieser Kampagne konkret an die Arbeitnehmenden in unseren Branchen. Und wir führen eine Kampagne im Bündnis mit allen, welche sich für eine Offene Schweiz ohne Diskriminierungen einsetzen.